

Pressespiegel vom 10. bis 12.12.2011

Sächsische Zeitung

„Es waren definitiv zu wenige Polizisten“

Für Polizeichef Dieter Kroll herrschten am 19. Februar „bürgerkriegsähnliche Zustände“. Er befürchtet, dass es im nächsten Februar wieder so sein wird.

Nach der Eskalation der Gewalt von rechten und linken Extremisten am 19. Februar in Dresden soll sich für den kommenden Februar einiges ändern. Eine Arbeitsgruppe will eine Großkundgebung in Sicht- und Hörweite organisieren, die sich friedlich Europas größtem Naziaufmarsch am 18. Februar 2012 entgegenstellt. Dieser Plan wird von Dresdens Polizei unterstützt. Auf umstrittene Aktionen wie die massenhafte Abfrage von Handydaten und dem Festhalten von rechten und linken Demonstranten auf unterschiedlichen Elbseiten will die Polizei verzichten. Die SZ sprach mit Dresdens Polizeichef Dieter Kroll über Chancen und Grenzen für die Februar-Proteste.

Herr Kroll, im Februar ist Dresden wieder Schauplatz von Nazi-Aufmärschen. Dieses Jahr erlebte die Stadt heftige Ausschreitungen. Dabei stand auch die Polizei in der Kritik. Welche Erkenntnisse haben Sie aus den Auswertungen der Ereignisse vom 13. und speziell vom 19. Februar dieses Jahres gezogen?

Wir haben den gesamten Einsatz ausführlich ausgewertet. Ich habe mir persönlich bis hin zum Videomaterial alles angeschaut und habe nicht feststellen können, dass der Polizeieinsatz unter Kritik zu stellen wäre. Die Kritik folgte ausschließlich einer politischen Verwertungslogik. Im Detail werden wir aber natürlich intern über Dinge reden, die wir besser machen können. Diese werde ich aber nicht benennen.

Was hat aus Ihrer Sicht

in diesem Jahr zu dieser

Eskalation der Gewalt geführt? Wir müssen den 13. Februar als Tag der Trauer um die Opfer der Bombardierung von dem zweiten Termin klar trennen. Der 19. Februar hat für mich nichts mit dem Gedenken zu tun. Das ist ein vorgeschobener Anlass für einen Aufmarsch von Rechtsextremisten, die dafür europaweit mobilisieren. Und ich sage gleich dazu: Sie mobilisieren ihre Anhänger bereits seit dem 20. Februar dieses Jahres für den 18. Februar 2012. Und genauso rühren die autonomen Gewaltbereiten aus dem vermeintlich linken Spektrum die Werbetrommel.

Aber von wem ging die Gewalt am 19. Februar denn nun aus?

Man kann hier nicht einfach in Gut und Böse unterteilen. Die Gewalt ging von Teilen der Rechten aus und genauso von denen, die sich als Widerstand gegen Nazis sehen. Beklagenswert finde ich schon, dass viele militante im linken Spektrum Unterschlupf gefunden haben. Die Videos zeigen, wie nur wenige Meter von den Krawallen entfernt die DGB-Fahnen geschwenkt wurden. Aber viel spannender ist für mich die Frage: Gegen wen richtete sich die Gewalt?

Gegen wen richtete

sich die Gewalt?

Die Gewalt richtete sich gegen die Polizei. 131 verletzte Polizisten belegen das. Wir haben den gesetzlichen Auftrag, die Versammlungsfreiheit mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu schützen, so eben auch den Nazi-Marsch. Und wir sind auch für die allgemeine Sicherheit in der Stadt zuständig. Wir haben verhindert, dass Rechte und Linke im offenen Gefecht aufeinandergetroffen sind. Und jetzt frage ich Sie, was wäre dann passiert? Ich bin mir sicher: Wären wir rüber gegangen und hätten beide Gruppen gewähren lassen, hätte es Tote und Verletzte gegeben. Und hier nehme ich die Rechten ausdrücklich nicht aus. Auch aus deren Reihen wurde massive Gewalt ausgeübt. Die Maske ist längst gefallen. Die Polizei war der Ersatzfeind dieser Aggression, auch als Symbol der Staatsgewalt im Rechtsstaat. Für mich waren diese Ausschreitungen auch ein Angriff auf den Rechtsstaat.

Was für Dimensionen

hatten die Krawalle für Sie? Die Bilder glichen schon bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Die Beweise zeigen: Es herrschten Verhältnisse, die hatten mit der Wahrnehmung der grundgesetzlich geschützten Meinungs- und Versammlungsfreiheit nichts mehr zu tun. Das war geplante, koordinierte, pure, nackte Gewalt.

Sie sagen, Sie haben Tote und Verletzte verhindert, sonst wäre es schlimmer ausgegangen. Aber es waren immer noch massive Ausschreitungen. Wieso konnten Sie diese nicht verhindern?

Dazu muss man sich die Situation genau anschauen. Am Abend vor dem 19. Februar gegen 19.10 Uhr verlegte das Gericht die Aufmarschorte für die Rechten. Damit kamen für den nächsten Morgen für 6200 Polizisten, von denen viele nicht ortskundig sind, völlig neue Einsatzgebiete. Sperrzäune, wie sie am ursprünglichen Versammlungsort aufgebaut waren, konnten nicht mehr eingesetzt werden. Ziel und gesetzlicher Auftrag waren es nun unter Aufrechterhaltung der normalen Abläufe einer Innenstadt, den Marsch der Rechten abzusichern. Aus polizeitaktischer Sicht bot sich deshalb die Elbe als Trennung der linken Gegendemonstranten auf Neustädter Seite und der Rechten hinter dem Bahndamm in der Südvorstadt an. Wir haben dann schnell gesehen, dass wir nicht jeden kontrolliert bekommen, der die Elbseite wechseln will. Dafür ist Dresden zu groß und die Brücken für die Mobilität der Menschen zu wichtig. Das hat uns das Gericht ja auch um die Ohren gehauen. Das Trennungsgebot ist gegenüber denen, die es darauf angelegt haben, uns zu überrennen, nicht durchzusetzen.

Also hatten Sie für das Verhindern der Krawalle zu wenige

Polizisten zur Verfügung?

Das waren definitiv zu wenige Polizisten. Mehr hätten wir aber auch nicht bekommen, denn am selben Tag war ein Castortransport und ein Brisanzfußballspiel in Hamburg abzusichern. Was an Beamten bundesweit frei war, war in Dresden.

Wie viele Polizisten hätten

Sie denn gebraucht?

Das ist im Nachhinein schwer zu sagen. Sie können so viele Polizisten auf die Straße bringen, wie sie wollen. Unter den geschilderten Bedingungen dieser Gemengelage können wir in einer Großstadt selbst mit doppelt so vielen Beamten wie in diesem Jahr nicht alles verhindern.

Was heißt das für den

13. und 18. Februar 2012? Der 13. Februar 2012 ist ein Montag, und wir gehen dort von einer beherrschbaren Situation ähnlich wie in diesem Jahr aus, bei der ungestört die Menschenkette stattfinden kann. Das kritischere Datum ist der 18. Februar.

Mit welchen Erwartungen

blicken Sie auf den Tag?

Wir müssen damit rechnen, dass sich die Bilder von diesem Jahr wiederholen. Es wird wieder Krawalle geben. Unser Ziel ist es, deren Ausmaß so gering wie möglich zu halten und vor allem die friedlichen Demonstranten und alle Unbeteiligten bestmöglich zu schützen. Wir haben als Polizei keine Chance, bei den Beteiligten mit dem Siegel „gut“ aus dem Einsatz zu kommen. Aber ich frage nochmal: Wie würde sich die Gewalt entwickeln, wenn die Lager ungehindert aufeinandertreffen? Diese unkalkulierbaren Folgen möchte ich nicht verantworten. Daher wollen und werden wir alles daran setzen, dieses Szenario hoffentlich zu verhindern. Dazu werden wir auch alle gesetzlich zugelassenen Hilfsmittel einsetzen.

Die Polizei als Aggressor ist in beiden Lagern ein gern bemühtes Bild dafür.

Wir setzen die Mittel ein, die notwendig sind. Wenn Hunderte Gewalttäter auf die Polizei zustürmen und Steine fliegen, können sie nicht das kleine Besteck auspacken und Reden. Dann braucht es notfalls das große Besteck bis zum Wasserwerfer. Und wenn Sie das große Besteck auspacken, ist es wie in der Medizin. Da gibt es Risiken und Nebenwirkungen. Es ist nicht auszuschließen, dass auch Unbeteiligte nass werden. Es gibt zu viele Menschen, die an diesem Tag auf solche Bilder aus sind, sich vom Reden nicht abschrecken lassen. Deshalb sage ich mit großer Gewissheit: Wir können diese Bilder nicht verhindern. Trotz aller Anstrengungen der AG 13. Februar haben wir die extremen Ränder nicht im Griff. Ich stelle aber auch klar: Von 10000 Polizisten sind 9999 nicht zur Polizei gegangen, um solche Einsätze erleben zu müssen. Etwa 80 Prozent aller Beamten sind Mitglieder einer Gewerkschaft unter dem Dach des DGB. Solche Einsätze würden wir allen gern ersparen.

Was machen Sie anders als in diesem Jahr, um das Ausmaß der erwarteten Ausschreitungen in Grenzen zu halten?

Zuerst hoffe ich auf die Dresdner. Wenn die erhofften 50000 Menschen sich in Sicht- und Hörweite, aber nicht in Steinwurfweite, den Nazis entgegenstellen, wäre das ein tolles Signal. Diese Menschen sollen sicher ein Zeichen gegen die Rechten setzen können, und das werden sie auch. Wir vertrauen hier auch auf das Konzept der

Sicherheitspartnerschaft, nach dem Motto: Jeder passt auf seinen Nachbarn mit auf, das die AG 13. Februar für die Aktion plant. Das Thema Elbe als Trennlinie wird es definitiv nicht noch einmal geben. Wir wollen außerdem die Gerichte von dem Gefahrenpotenzial überzeugen. Das ist uns vor dem 19. Februar nicht ausreichend gelungen, sodass wir Sicherheitsauflagen nicht durchsetzen konnten. Ich denke, die Bilder dieses Jahres werden uns vor Gericht helfen. Die Gerichte haben nichts Falsches in ihren Urteilen aufgeschrieben. Wir haben aus den Hinweisen gelernt.

Wie gehen Sie mit friedlichen Blockaden um?

Blockaden sind ein Symbol des linken Protests. Ich habe Verständnis, dass dieser Protest auch medial dargestellt werden soll, beispielsweise durch das symbolträchtige Wegtragen. Diese Möglichkeit der Meinungsdarstellung deckt auch unsere Verfassung ab, solange es friedlich ist. Etwas ganz anderes sind Blockaden, deren Ziel darin besteht, das Ausüben der Grundrechte anderer, in dem Fall des Versammlungsrechts der Nazis, zu verhindern. Das ist strafbar und setzt uns unter Handlungszwang, denn wir haben die Grundrechte zu schützen. Dazu sind wir verpflichtet, alle erlaubten und verhältnismäßigen Mittel einzusetzen. Das werden wir auch tun.

Das Gespräch führten Denni Klein

und Alexander Schneider.

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2934618>
